

Liebe Leserinnen und Leser,

die Ankündigung von US-Präsident Donald Trump, Jerusalem als Israels Hauptstadt anzuerkennen, und die anschließenden Reaktionen von Seiten verschiedener politischer und religiöser Gruppen haben eines erneut gezeigt: die beiden Sphären – Politik und Religion – sind von jeher eng miteinander verwoben, und zwar nicht nur im Christentum, sondern auch im Islam, dem Judentum und anderen Religionen. Politisches Handeln ganz ohne religiöse Dimension und Religion ohne das Politische sind auch im 21. Jahrhundert vielerorts schwer vorstellbar.

Auf eine bewegte Geschichte hinsichtlich der politischen Beeinflussung ihres Glaubens blicken die Muslime in Bosnien-Herzegowina zurück, denen es gelungen ist, ihre religiöse Identität in verschiedenen politischen Systemen trotz mitunter widrigster Umstände zu bewahren, wie Dževada Šuško in ihrem Beitrag zu berichten weiß.

Im überwiegend muslimischen Senegal ist die Trennung von Staat und Religion zwar ebenfalls ein Verfassungsprinzip. Gleichwohl offenbart das lokale religiöse Führungspersonal der Marabuts einen zunehmenden politischen Gestaltungswillen. Welche Rolle den Sufi-Bruderschaften zukommt und was das mit dem gewachsenen Einfluss islamistischer Gruppierungen zu tun hat, analysiert Thomas Volk in seinem Beitrag.

Politisch stärker Position beziehen auch einige der evangelikalen Kirchen in Lateinamerika, deren Anhängerschaft in den letzten Jahrzehnten um rund 15 Prozent zugenommen hat. Die stark zersplitterten Bewegungen haben bisher zwar keine gemeinsame, länderübergreifende politische Agenda entwickelt. Angesichts der demografischen Entwicklung dürfte das evangelikale Wählerpotenzial – und damit auch dessen Gehör in der Politik – in Zukunft dennoch weiter zunehmen, wie José Luis Pérez Guadalupe und Sebastian Grundberger in ihrem Beitrag ausführen.

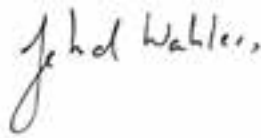
Der Blick nach Asien zeigt den erheblichen Einfluss von Religion in rechtlichen, sozialen und politischen Belangen. Dian A. H. Shah geht in ihrem Beitrag der Frage nach, wie Religion, Gesetzgebung und politisches Kalkül in ihrer Gesamtheit zusammenwirken und in welchem Ausmaß insbesondere religiös-populistische Elemente Politik beeinflussen.

Schließlich macht Otmar Oehring am Beispiel der Verfolgung von Christen im Irak durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) deutlich, welche menschenverachtenden Folgen die politische Auslegung fundamentalistischer religiöser Ideologien auch heute noch haben kann. Die Gräueltaten des IS haben den Exodus der irakischen Christen entscheidend befördert. Zwar sind christliche Siedlungsorte in der Ninive-Ebene inzwischen vom IS befreit, dennoch droht nach wie vor ein vollständiges Ende christlicher Präsenz im Irak.

Gerade vor dem Hintergrund kriegsrischer Konflikte und gewaltsamer Unterdrückung kann die Bedeutung von Religionsfreiheit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. So hat Bundeskanzlerin Angela Merkel anlässlich des 500. Jahrestags der Reformation erneut darauf hingewiesen, dass die Bewahrung religiöser Freiheitsrechte überall auf der Welt eine zentrale Aufgabe ist, bei der politische und religiöse Autoritäten gemeinsam gefordert sind. Die Konrad-Adenauer-Stiftung wird ihr internationales Engagement für den Religionsdialog und ihren Einsatz für die Religionsfreiheit als grundlegendes Menschenrecht auch in Zukunft entschieden fortsetzen.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Gerhard Wahlers', written in a cursive style.

---

**Dr. Gerhard Wahlers** ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ([gerhard.wahlers@kas.de](mailto:gerhard.wahlers@kas.de)).